

**Rede von Karl-Heinz Lambertz
Parlamentspräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
Erster Vizepräsident des Ausschusses der Regionen**

Impulsreferat bei der Europaunion Solingen

Solingen – 23. Juni 2015

Liebe Frau Präsidentin,
liebe Freundinnen und Freunde der Europa-Union Solingen,

man hat mich gebeten, heute einige Gedanken zu Europa mit Ihnen zu teilen. Ich erlaube mir vorwegzunehmen, was auch Sie in Ihren Dokumenten oft wiederholen: Europa ist und bleibt die beste Antwort auf die Fragen unserer Zeit.

Mir ist klar, dass ich hier bei der Europa-Union niemanden davon zu überzeugen brauche. Das ist aber draußen im Land – oder wie immer man das nennen mag, wo man die Menschen trifft ganz anders. Wenn Sie da von Europa reden, treffen Sie meist auf Skepsis, Unverständnis, Kritik und auch oft auf offene Feindschaft. Und dann können Sie noch so viel vom Frieden, von der Vereinfachung durch die gemeinsame Währung und auch von anderen Errungenschaften der Europäischen Union reden – das überzeugt die Menschen meist nicht. Das ist etwas, worüber wir uns Gedanken machen und womit wir uns intensiv beschäftigen müssen, wenn wir die Aussage „Europa ist die beste Antwort auf die Fragen unserer Zeit“ auch in politisches Handeln und in gelebte Überzeugung umsetzen wollen.

Wenn wir uns dieser Tage damit beschäftigen, was in Europa los ist, dann gibt es eine ganze Menge an Themen – und nur wenig ist davon wirklich erfreulich. Sie haben es selbst vorhin angesprochen: der Poker um die Situation in Griechenland ist schon ein ziemlich entwürdigendes Schauspiel, es ist keine Glanzstunde der europäischen Integration. Das Lächeln vor den Kameras und die herzhaften Umarmungen, für die ja der jetzige Kommissionspräsident ein unnachahmliches Talent hat – ich habe es selbst persönlich erlebt in Riga und hunderttausende Menschen auf Internet mittlerweile auch –, wird nicht davon ablenken können, dass wir ein richtig großes Problem haben.

Wenn man sich die Ergebnisse der Wahlen von vergangener Woche in Dänemark anschaut, wird sehr schnell deutlich, dass da kein europäischer Sturm der Begeisterung das Resultat herbeigeführt hat, sondern Europaskepsis gepaart mit Ausländerfeindlichkeit auf eine schon erschreckende Art und Weise in einem der reichsten Länder Europas.

Triumphiert wurde vorige Woche auch im Europaparlament. Nach mehreren gescheiterten Versuchen haben die Rechtsradikalen es geschafft, die Europaskeptiker alle soweit unter einen Hut zu bringen, dass sie dort eine gemeinsame Fraktion bilden und ihre giftigen Parolen gegen Europa jetzt auch noch mit richtig großem europäischen Geld unter das Volk bringen können.

Die nächste Nachricht betrifft mich persönlich sehr, weil ich einen Teil meines Urlaubs dort verbringen werde, da mein Schwiegervater aus dieser Region stammt: An der ungarisch-serbischen Grenze wird wieder ein Zaun gebaut. Mein Schwiegervater floh 1956 aus Ungarn, arbeitete dann in Charleroi in belgischen Kohlegruben und kam dort auf die Idee, einmal den Karneval im schönen Eupen zu erleben. Er hat dort eine junge Frau getroffen und sie geheiratet. Ein erstes Mal war ich dort, als die Grenze noch nicht ohne Visum zu passieren war. Mein Schwiegervater konnte nicht in die Ortschaft in Serbien, wo er getauft worden war und wo er unbedingt hin wollte. Beim letzten Besuch war die Grenze offen, wenngleich weiterhin Grenzkontrollen durchgeführt wurden. Es war schon beeindruckend zu sehen, wie sehr sich die Situation innerhalb einiger Jahre zum Positiven hin geändert hatte. Nun erleben wir wieder einen bedenklichen Rückfall in alte Zeiten. Kommen wir zu einem anderen Beispiel: wenn man vor zehn Jahren eine Frage zum Verhältnis der Europäischen Union zu Russland gestellt hätte und zu dem, was sich in der Ukraine entwickelt, wäre die Antwort sicherlich nicht das gewesen, was jetzt dort geschieht und leidenschaftliche Emotionen hervorruft. Ich möchte auch noch auf ein anderes Thema hinweisen. Einige Tage nach dem Wahlsieg der britischen Konservativen habe ich auf dem EU-Gipfel zur östlichen Partnerschaft in Riga persönlich erlebt, wie der britische Premierminister Europapolitik betreibt. Das war schon sehr beeindruckend. Ich finde es besonders interessant, sich vor diesem Hintergrund vor Augen zu halten, dass er sein wirklich beeindruckendes Wahlergebnis im Wesentlichen den schottischen Nationalisten zu verdanken hat. Wenn man sich die neue Zusammensetzung des britischen Parlamentes anschaut, kann man sich jedenfalls vorstellen, was in Europa in den nächsten Monaten und Jahren an Forderungen zum Rückbau der europäischen Integration auf uns zukommt.

Die Bücher, die zurzeit geschrieben werden, haben sehr oft mit der Desintegration der Europäischen Union zu tun. Das muss nachdenklich stimmen. Wo stehen wir eigentlich heute? In einem dieser Bücher habe ich folgenden Satz über Europa gelesen: „Alle beteiligten Regierungen sind ohne Mut und zappeln hilflos in der Zwickmühle zwischen den Imperativen der Großbanken und der Ratingagenturen auf der einen, ihrer Furcht vor dem drohenden Legitimationsverlust bei der eigenen frustrierten Bevölkerung auf der anderen Seite. Der kopflose Inkrementalismus verrät das Fehlen einer weiter ausgreifenden Perspektive“. Das hat der große deutsche Sozialphilosoph Jürgen Habermas in einem Buch über die Grenzen der europäischen Integration gesagt. Dieser Satz ist von einer grausamen Wahrheit. Das ist die Situation Europas zur jetzigen Zeit.

Der Präsident des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz, hat bei seiner ersten Wahl in diese Funktion im Januar 2012 in Straßburg auf eine bedenkliche Entwicklung hingewiesen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Europa für viele die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen nach zwei fürchterlichen Weltkriegen. Heute ist Europa für immer mehr Menschen mit der Angst vor einer Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen verbunden. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Das ist die Situation, in der Europa zurzeit steckt. Es ist ein Paradigmenwechsel im Gange. Da muss relativ schnell etwas geschehen, wenn dieses große Projekt Europa nicht in den Sand gesetzt werden soll.

Was ist da schief gelaufen und wie kommt man aus dieser Situation wieder raus, wie kann man Europa wieder auf den Weg der Konsolidierung und der Verbesserung seiner Handlungsmöglichkeiten bringen und wie kann man eine neue Europa-Begeisterung entstehen lassen? Das ist eine ganz komplizierte Frage. Wenn ich die Antwort hätte, dann

wäre ich heute Abend nicht hier, sondern irgendwo im Vorfeld eines Gipfels und dürfte dort die frohe Botschaft verkünden. Es gibt niemanden in Europa, der ernsthaft behaupten kann, er habe die Zauberformel gefunden. Es ist eine sehr schwierige Aufgabe und ich bin fest davon überzeugt, dass diese nur erfolgreich zu lösen ist, wenn es gelingt, unter anderem durch die Arbeit von Organisationen wie der Europa-Union und ähnlichen Initiativen in den verschiedenen europäischen Staaten die Menschen vor Ort im Gespräch davon zu überzeugen, dass – und ich zitiere jetzt ein weiteres Mal Herrn Schulz – „Europa die richtige und die beste Antwort auf die Fragen unsere Zeit“ ist.

Um dahin zu kommen sind meines Erachtens zwei Dinge von Bedeutung. Das ist erstens die Demokratisierung der Handlungsmöglichkeiten europäischer Politik und zweitens eine Rückbesinnung auf Geschichte im doppelten Sinne. Geschichte im Sinne von „history“ und Geschichte im Sinne von „story“, von Erzählung.

Europa leidet an Dysfunktionen, die auch etwas mit fehlender demokratischer Legitimation zu tun haben. Wenn man dem Artikel von Herrn Habermas glauben darf, wird man diese demokratische Legitimation allerdings nicht so leicht verbessern können, denn im Unterschied zu den bisherigen Schritten der europäischen Vereinigung verlangt der nächste Schritt von den Regierungen Entscheidungen, die sie im europäischen Gemeinwohl-Interesse fällen sollten, aber zur Zeit nicht fällen können. Sie müssen ihre Bevölkerungen für ein solidarisches Europa gewinnen. Die Alternative besteht in der konsequenten Fortführung der demokratischen Verrechtlichung der Europäischen Union. Dazu hat Habermas in seinem üblichen Stil Einiges geschrieben, was sicherlich auch nicht die Bibel ist, aber was – wie alles, was er schreibt – intellektuell eine große Ausstrahlung hat.

Bei der Geschichte ist es wichtig, dass wir gerade der jungen Generationen noch mehr deutlich machen, welche einmalige historische Leistung der europäische Integrationsprozess ist. Das gilt für all diejenigen, die den Zweiten Weltkrieg nicht persönlich erlebt haben und deren Zahl aus nachvollziehbaren Gründen stetig zunimmt. Die Friedensleistung Europas und die mit der europäischen Integration verbundenen Verbesserungen, die sie tagtäglich leben, erleben und auch genießen können, sind zu einer banalen Selbstverständlichkeit geworden. Daraus entsteht eine Geisteshaltung der „Selbstverständlichkeit“, die nur schwer mit der Einsicht vereinbar ist, dass vieles gar nicht so selbstverständlich ist. Das ist schon deshalb der Fall, weil es anderswo auch heute noch viele grausame Kriege gibt, die nur einige Flugstunden von Europa entfernt stattfinden. Ähnliches gilt für das, was es heißt, mit geschlossenen Grenzen zu leben und nicht mit offenen. Gerade in den Grenzregionen Europas ist das für viele Menschen ein großer Vorteil. Ich selbst komme aus einer Grenzregion und habe Grenzen noch selbst sehr persönlich erleben können. Meine Heimat im Osten Belgiens musste im letzten Jahrhundert drei Mal die Staatszugehörigkeit ändern.

Es ist auch sehr wichtig, dass ein Markt entsteht, der größer ist als der eigene nationale Markt. Aber all das muss immer wieder so vermittelt werden, dass das anscheinend Selbstverständliche daran hinterfragt wird. Diese Bildungsarbeit ist nicht immer einfach, aber ganz wesentlich, wenn wir die Grundlage für eine neue Europa-Begeisterung schaffen wollen.

Noch viel wichtiger und zukunftsrelevant ist natürlich die Suche nach einer neuen europäischen Story, die begeistert. Das ist meiner Meinung nach der Ansatzpunkt, den wir alle wohl verstehen, der aber häufig nicht mit den nötigen Konsequenzen verbunden wird: die

Tatsache, dass keine der gewaltigen Herausforderungen der Menschheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch nationalstaatliche Lösungsansätze in den Griff zu bekommen ist, und dass wir bei vielen Dingen mindestens einen europaweiten, einen kontinentalen Ansatz brauchen. Dies gilt für so ziemlich alle Themen, die man sich vorstellen kann, vom demographischen Wandel über den Klimawandel bis hin zur Ressourcenknappheit, zur Globalisierung und ihren Folgen, zur Friedenssicherung, zur Sicherheit der Menschen insgesamt, zum Erhalt der Lebensqualität und sicherlich auch in vielfältiger Weise zum Herbeiführen von mehr sozialer Gerechtigkeit. All diese Herausforderungen lassen sich nicht mit rein nationalen Lösungsansätzen bewältigen. Man wird immer wieder – unter anderem auch aufgrund der großen Veränderungen im Rahmen der technologischen Entwicklungen und der Globalisierung schlechthin – zu der Schlussfolgerung kommen, dass breitere und auf jeden Fall auch europäische Ansätze nötig sind.

Wir müssen uns auch kritisch fragen, ob der aktuelle geographische Zuschnitt der EU als definitiv angesehen werden muss. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir auf Dauer eine Gleichschaltung der Definition im politischen und im geographischen Sinne brauchen, wo immer da die Grenze im Einzelnen liegen mag. Für mich persönlich ist klar, dass auf Dauer neben dem westlichen Balkan auch der europäische Teil der Russischen Föderation dazu gehört. Bis dahin aber ist es noch ein sehr weiter Weg.

Die europäische Politik, die wir zurzeit erleben, ist nicht fähig, den unwiderlegbaren Beweis zu erbringen, dass Europa bzw. Brüssel – das ist ja mittlerweile der Sammelbegriff für alles, was man sich an Schlechtem in Europa vorstellt – in der Lage ist, diese Antworten herbeizuführen. Wir haben zwar sehr viele interessante Ansätze in der Politikgestaltung, aber wir konnten die Gemeinschaftsmethode, die eigentlich der Weg zu dieser Verbesserung sein soll, noch nicht so weit entwickeln, dass wir wirklich überzeugend und erfolgreich Politik gestalten können. Wir wurschteln von einem europäischen Gipfel zum anderen. Das ist beim Umgang mit der Griechenlandkrise erschreckend deutlich geworden. Hätte man zu Beginn die richtigen mutigen Entscheidungen getroffen und sich nicht von Gipfel zu Gipfel gequält, dann wäre es sehr wahrscheinlich nicht zu dem Debakel in Griechenland und zum Druck auf die Stabilität einer ganzen Reihe von Staaten gekommen. Das hätte man verhindern können.

Europa funktioniert nicht richtig, weil es sich in einer Reihe von Schieflagen befindet, aus denen es heraus muss. Letzteres wird meines Erachtens nur gelingen, wenn die regionale Dimension – die Dimension der Gebietskörperschaften, der Regionen und lokalen Behörden – in Europa besser in die Politikgestaltung mit einbezogen wird.

Ich möchte einige der Schieflagen kurz ansprechen. Die erste Schieflage hat etwas mit dem Verhältnis zwischen Riesen und Zwergen zu tun. Es kommt selten vor, dass jemand gleichzeitig ein Riese und ein Zwerg ist. Europa ist ein Riese beim Regeln von Details geworden, die man besser anderswo näher an der Realität klären würde. In diesem Zusammenhang möchte ich anmerken, dass ich die weit verbreitete Meinung nicht teile, dass der angeblich übergroße europäische Beamtenapparat hierfür verantwortlich sei. Wenn man einmal von den Dolmetschern und Übersetzern absieht, ist der ganze europäische Apparat vergleichbar mit der Verwaltung einer mittelgroßen deutschen Stadt. In die europäische Bürokratie hat sich jedoch eine eigene Dynamik eingeschlichen, die manchmal sehr weit entfernt ist von der Realität der Menschen vor Ort. Daneben gibt es auch den Zwerg – ein Europa, das in vielen Bereichen Ohnmacht illustriert und nicht in der Lage ist, die Dinge in den Griff zu bekommen,

und gegenüber anderen Mächten auf der Welt ziemlich klein da steht. Man kann das an zahlreichen Beispielen deutlich machen. Die Ukraine-Krise ist so ein Beispiel. Wenn man ihr irgendetwas Positives abgewinnen könnte, dann wäre es, dass diese Schwäche stärker ins Bewusstsein getreten ist und man sich jetzt solidarischer verhält. Ein weiteres Beispiel war der Kopenhagener Klimagipfel von 2009: Nach extrem anstrengenden Bemühungen seitens der Europäer haben sich am Ende ein paar Stunden lang unter Ausschluss der Öffentlichkeit der amerikanische und der chinesische Präsident zusammengesetzt und die Sachen geregelt. Die Europäer waren nicht dabei. Um den Negativeffekten dieses „Zwergentums“ entgegenzuwirken, muss das Gleichgewicht zwischen dem, was man auf europäischer Ebene regeln soll, und dem was man auf andere Ebenen verlagert, wieder hergestellt werden. Da ist einiges neu zu orientieren. Die Briten haben vor diesem Hintergrund nicht immer ganz Unrecht mit ihrer Kritik.

Eine weitere Schwachstelle ist die fehlende institutionelle Vollendung Europas. Einer der folgenschwersten Fehlgriffe war sicherlich der Nizza-Gipfel im Jahre 2000, kurz vor der Erweiterung der Europäischen Union, und der dortige Misserfolg bei der Reorganisation der europäischen Institutionen. Diese war nämlich unabdingbar, um die EU fähig zu machen, nicht mehr nur zu sechst, zu zwölf oder zu 15, sondern mit 28 Mitgliedstaaten zu funktionieren. Auch im „Bermuda-Dreieck“ Kommission, Ministerrat und Parlament ist einiges nicht in Ordnung; dort müssen andere Beschlussmechanismen eingeführt werden als zurzeit praktiziert. Trotz alledem war es meines Erachtens dennoch richtig, der Europäischen Union den Friedensnobelpreis zu verleihen für den über sechs Jahrzehnte geleisteten Beitrag zu Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa und in der Welt.

Die nächste Schiefelage ist die fehlende demokratische Legitimation. Natürlich gibt es eine demokratische Legitimation für diejenigen, die in Europa Entscheidungen treffen – ganz besonders die Regierungen. Aber für ihr Handeln auf europäischer Ebene haben sie noch keine spezifische demokratische Legitimation. Dies führt Schritt für Schritt zu einer Verwurzelung in eine Unionsmethode, wo am Ende die Bürgerinnen und Bürger Europas nicht wirklich das Sagen haben, so wie es sein müsste.

Eine weitere Schiefelage, die nicht zu unterschätzen ist, betrifft den Euroraum. Wir haben eine Währungsunion geschaffen, ohne über die notwendigen politischen und sozialen Integrationsinstrumente zu verfügen. Die Geschichte hat bewiesen, dass eine Währungsunion nicht automatisch mehr Integration bringt, so wie das vielleicht erhofft war. Dennoch möchte ich keineswegs behaupten, dass es eine falsche Entscheidung war, den Euro einzuführen. Aber sie hätte eine Reihe von Entwicklungen nach sich ziehen müssen, die bisher noch nicht stattgefunden haben und die jetzt vielleicht durch die ganze Erfahrung der letzten Jahre doch etwas in Bewegung kommen. Unser Europa braucht ein Mehr an politischer Integration, um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen, sonst wird das nicht funktionieren.

Eine weitere schwerwiegende Schiefelage ergibt sich aus der Tatsache, dass auch in Europa die Finanzwirtschaft die reale Wirtschaft derart dominiert, dass politische Entscheidungen oft wenig Wirkung zeigen. Die Macht in Europa liegt nicht nur bei den europäischen Institutionen, sondern in vielfältiger Weise irgendwo ganz anders: bei Finanzkonzernen. Wenn Finanz- und Realwirtschaft so weit auseinanderklaffen, wie wir es jetzt erleben, dann wird auf Dauer keine vernünftige und wirksame Politikgestaltung möglich sein.

Die letzte Schieflage hat viel mit den Gebietskörperschaften zu tun. Wir haben eine Schieflage zwischen der europäischen Verankerung der Wettbewerbstätigkeiten des sehr weit vorangetriebenen freien Marktes auf der einen Seite und den Dienstleistungen von öffentlichem Interesse sowie der Daseinsvorsorge, die in Verhältnis dazu immer in defensiver Haltung sind, auf der anderen Seite. Es wird immer schwieriger, Daseinsvorsorge mit adäquaten Mitteln zu betreiben, weil dann immer ein Argument aus der Wettbewerbsperspektive angeführt wird, das eine Lösung verhindert oder erschwert. Wir brauchen in Europa eine starke Wettbewerbssituation mit starker Freizügigkeit, aber wir brauchen auch einen klar umrissenen Handlungsspielraum für die öffentliche Hand und insbesondere die Gebietskörperschaften, wenn wir erfolgreich Politik im Interesse der gesamten Bevölkerung gestalten und das europäische Sozialstaatsmodell erhalten wollen.

Was können die Regionen dazu beitragen? Gemeinsam mit den kommunalen Gebietskörperschaften sind die Regionen oftmals historisch noch tiefer in Europa verankert als die Staaten. Wenn wir die heutige Landkarte der europäischen Staaten mit der von vor 100 Jahren vergleichen, dann stellen wir fest, dass sich vieles verändert hat und auch noch weiter verändern wird. Die regionalen Identitäten sind manchmal sehr tief verwurzelt und noch fester als nationales Bewusstsein verankert. Die Regionen spielen eine wichtige Rolle dabei, dass Menschen im Zeitalter der Globalisierung und der Standortverlagerungen nicht entwurzelt werden, sondern tief verwurzelt bleiben. Außerdem sind die Regionen die nächstliegende Ebene der Politikgestaltung für die Menschen. Deshalb kann Europa nur Erfolg haben, wenn das, was Europa gestaltet, auf regionaler Ebene Akzeptanz findet und umsetzbar ist. Das wird nur der Fall sein, wenn ein offenes Ohr für die Bedürfnisse und Belange da ist, die auf dieser regional-lokalen Ebene artikuliert werden. Die Schnittstelle, die Verbindung zwischen der Wirklichkeit vor Ort und den Entscheidungen auf europäischer Ebene muss über die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften richtig organisiert werden. Der Weg ist nicht das Europa der Regionen gegen das Europa der Staaten, sondern das, was man auf Neudeutsch die *multi level governance* nennt – das Harmonisieren der verschiedenen Entscheidungsebenen, wobei jede Ebene das regelt, wofür sie am besten geeignet ist.

Dies führt uns zu dem famosen Subsidiaritätsprinzip. Dazu gibt es unzählige kluge Bücher mit komplizierten Definitionen. Auf jeden Fall ist es wichtig, die Dinge möglichst nahe vor Ort zu regeln und sie nur dann auf eine andere Ebene zu bringen, wenn es von der Sache her begründet ist. Weder Europa, noch die Staaten, noch die Gebietskörperschaften werden diese große Herausforderung alleine meistern können; das geht nur, wenn die Politikgestaltung zusammen richtig angepackt wird und ineinander greift.

Dazu sind gewisse Instrumente zu entwickeln. Wir haben zum Beispiel die Trumpfkarte europäische Vielfalt, die wir 2009 in den Lissabon-Vertrag eingeschrieben haben. Das war ein positives Ergebnis dieses Vertrages. Aber es genügt nicht, die Vielfalt als eine der Trumpfkarten Europas zu betrachten. Sie muss auch gelebte Wirklichkeit werden. Damit Vielfalt Wirklichkeit wird und nicht im Chaos endet, müssen Interaktionen und gegenseitige Befruchtungen stattfinden. Dabei stoßen wir immer wieder auf die Janusköpfigkeit regionaler Identitäten. Die Entstehung kollektiver Identitäten ist ein hoch komplexer Prozess, der nur dann erfolgreich und im europäischen Sinne verläuft, wenn die Verwurzelung in der eigenen Identität und die damit zusammenhängende Abgrenzung zum Rest der Welt gekoppelt sind mit einer Offenheit diesem Rest der Welt gegenüber. Wir haben eine sehr starke Position, wenn viele unterschiedliche Regionen zusammen wirken und bereit sind, im Austausch, gegebenenfalls in Konkurrenz, aber auch in Solidarität und in Zusammenarbeit tätig zu sein.

Ein weiteres wichtiges Instrument ist der territoriale Zusammenhalt. Politik zu den großen Herausforderungen in Europa kann nur bei den Menschen ankommen, wenn sie die Territorien vor Ort richtig in den Focus nimmt und vor Ort maßgeschneiderte Lösungen umsetzt. Wir haben hierzu effiziente Instrumente wie die territorialen Folgeabschätzungen. Diese müssen von der bürokratisierten und verwissenschaftlichten Ebene in die Alltagspraxis von Politikgestaltung heruntergebrochen werden. Das ist ein sehr komplexes Thema, mit dem sich unter anderen der Ausschuss der Regionen beschäftigt.

Außerdem müssen wir die Voraussetzungen schaffen, damit Politikgestaltung, Handlungsfähigkeit und Investitionsfähigkeit der öffentlichen Hände und insbesondere der Gebietskörperschaften aufrechterhalten bleiben.

Eine sehr schwierige Diskussion ist in diesem Zusammenhang das Verhältnis zwischen einerseits Schuldenabbau und Sparpolitik sowie andererseits zukunftsichernden Investitionen und Kreditfinanzierungen. Man kann nicht gleichzeitig massiv Schulden abbauen und neue Investitionen tätigen. Es muss ein Gleichgewicht gefunden werden. Das ist eine ganz große Herausforderung, die mit der Umsetzung der Schuldenbremse zu tun hat, so wie sie in der Bundesrepublik 2009 erfunden wurde und wie sie auf der europäischen Ebene fortgeführt wird. Da müssen in vielfältiger Weise kreative und pragmatische Lösungsansätze her.

Vor einigen Tagen hat übrigens eine Gruppe deutscher Wissenschaftler aus verschiedenen deutschen Akademien eine interessante Studie zum Thema Staatsschuld veröffentlicht. Wie soll man mit Haushaltsdefiziten umgehen? Wofür und in welchem Ausmaß ist es sinnvoll, öffentliche Ausgaben über Kredite zu finanzieren? Welches sind die makroökonomischen Auswirkungen der Staatsschuld? Diese und viele andere Fragen müssen auf europäischer Ebene angepackt und gelöst werden, wenn man die gemeinsame Währung auf Dauer in einem Kontext erhalten will, wo die Staaten einen fundamentalen Teil ihrer Souveränität an die europäische Zentralbank abgegeben haben.

Das alles ist für Regionen und Gemeinden von großer Bedeutung und muss deshalb aus ihrer Sicht beeinflusst werden. Die EU hat natürlich nicht die Möglichkeit, jede einzelne Gemeinde, jede einzelne Region anzuhören und vor jedem europäischen Ministerrat eine Bürgerbefragung durchzuführen, aber Gremien wie der Ausschuss der Regionen können dazu einen ganz konkreten Beitrag leisten. Im AdR haben der Präsident und ich selbst als Erster Vize-Präsident zum ersten Mal ein Aktionsprogramm für fünf Jahre, also für eine gesamte Mandatsdauer vorgestellt, auch wenn oder gerade weil wir uns zur Halbzeit an der Spitze abwechseln werden. Gemeinsam und parteiübergreifend – einer ist Christ-Demokrat und der andere Sozial-Demokrat – wollen wir eine Strategie zur Remobilisierung Europas über die Gebietskörperschaften vorantreiben. Ob uns das gelingen wird, vermag ich nicht vorherzusagen. Wenn Sie mich 2020 noch mal nach Solingen einladen, kann ich Ihnen diesbezüglich Konkreteres berichten.

Lassen sie mich jetzt zum Schluss kommen. Meine These war, dass wir einen neuen Schub brauchen, wenn wir die Weiterentwicklung der EU als die einzig wünschenswerte Alternative für die Zukunft unseres Kontinents voranbringen wollen. Wenn wir dabei erfolgreich sein wollen, müssen wir einiges ändern, aber vor allem zwei Dinge auf die Reihe bekommen.

Erstens dürfen wir die soziale Dimension in Europa nicht aus den Augen verlieren. In dem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ des bekannten französischen Ökonomen Thomas Piketty finden wir sehr interessante Zahlenreihen über die seit dem 18. Jahrhundert zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich in Europa. Ein hohes Niveau an sozialer Gerechtigkeit und effektiver Chancengleichheit bildet ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal des europäischen Sozialstaatsmodells, auch anderen Kontinenten gegenüber. Ich werde nie eine Sendung aus dem amerikanischen Wahlkampf vor knapp zehn Jahren vergessen, in der ein Mittelständler gefragt wurde, was er denn von der Einführung einer Krankenversicherung halte. Er war dafür und sagte: „Mein Problem war, dass ich als fleißiger Mensch wählen musste: Lass ich meine Kinder studieren oder schließe ich eine private Krankenversicherung ab.“ Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! So etwas ist in unseren Breiten völlig undenkbar! Hier ist Studieren weitgehend sehr kostengünstig – in Belgien übrigens noch mehr als in Deutschland. Auch die Sozialversicherung ist hier so selbstverständlich, dass viele Menschen meinen, das liefe von alleine. Natürlich läuft da nichts von alleine und es kommt ganz entscheidend auf die Rahmenbedingungen an. Daher brauchen wir in Europa auch eine starke soziale Dimension. Diese ist derzeit ziemlich unterbelichtet und teilweise sogar gefährdet.

Ich möchte jetzt jemanden zitieren, der inzwischen eine wichtige Rolle in Europa spielt, den ehemaligen luxemburgischen Premier-Minister, der 2006 den Aachener Karlspreis bekommen hat. Manchmal ist es interessant, auf solche Reden zurückzugreifen. Bei der Karlspreisverleihung hat er zwei grundlegende Standpunkte vertreten. Der eine war, dass Rat und Parlament gleichberechtigt entscheiden müssten und dass der Kommissionspräsident nicht der Vollzugsvollstrecker der Premierminister sei. Er solle ihr Inspirator sein. Ich weiß nicht, ob er damals schon an seine jetzige Funktion dachte, aber seine Aussage ist vollkommen richtig. Herr Junker hat 2006 in seiner Rede noch etwas sehr Wichtiges gesagt: „Wenn wir es nicht schaffen, in den nächsten zehn Jahren aus dieser höchst erfolgreichen wirtschaftspolitischen Konstruktion Europa auch eine sozialpolitisch erfolgreiche Europäische Union zu machen, inklusive die Massenarbeitslosigkeit in Europa abzubauen, dann wird Europa scheitern.“ Dann wäre 2016 das entscheidende Jahr! Ich weiß nicht, ob wir das schaffen. Ich glaube vielmehr, dass es sicherlich etwas mehr Zeit bedarf, um dieses Ziel zu erreichen. Wir dürfen diese Aufgabe nicht unterschätzen. Sie setzt europäische Initiativen voraus, auch wenn viele Staaten – insbesondere die Bundesrepublik Deutschland – sehr vorsichtig sind, wenn Europa sich um soziale Angelegenheiten kümmern soll. Sie befürchten ein Herabsetzen sozialer Standard oder ein Zuviel an inneneuropäischer Solidarität. Dies ist auf lange Sicht jedoch zu kurz gedacht. Ohne einen systematischen Ausbau der sozialen Dimension in Europa werden wir den Bestand der europäischen Integration weder halten noch festigen können.

Zweitens brauchen wir vor allem eine neue Europabegeisterung. Hierfür hat noch keiner das Patentrezept gefunden. Ein Lösungsansatz besteht meines Erachtens in einer Rückbesinnung auf die Geschichte Europas im doppelten Sinne von „history“ und „story“. Ein weiterer in einem ehrlichen und resoluten Einsatz aller Verantwortungsträger, die von der Zukunftstüchtigkeit eines vereinten Europas überzeugt sind. Wichtige und richtige Worte dazu hat der deutsche Bundespräsident, Joachim Gauck, in seiner bedeutenden europapolitischen Rede im Februar 2013 in Berlin gesprochen: „Wir brauchen mehr Europa. Und mehr Europa fordert mehr Mut bei allen! Europa braucht jetzt keine Bedenkenträger, sondern Bannerträger, keine Zauderer, sondern Zupacker, keine Getriebenen, sondern Gestalter.“ Dem ist, denke ich, nichts mehr hinzuzufügen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.